

ARBEITERMACHT

Organ des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse

April 1936

10 Groschen

DER STREIK DER FIAT- UND SAURERARBEITER UND DIE FREIEN GEWERKSCHAFTEN.

30-40 % wurden die Löhne der Fiat- und Saurerarbeiter 1931 hinabgedrückt. Die Rüstungskonjunktur hat unter anderen auch diesen zwei Automobilfabriken bessere Beschäftigung gebracht. Die Arbeiter der zwei Betriebe stellten die bescheidene Forderung einer 15%igen Verbesserung ihrer Hungerlöhne auf und traten dafür am 20. und 21. Feber in Streik. Es ist ihnen nicht gelungen die Lohnerhöhung durchzusetzen.

Statt den Kampf zu unterstützen, zu führen, fiel die "Einheitsgewerkschaft" den kämpfenden Arbeitern in den Rücken.

Die Regierung, die durch ihren Sozialminister und Bundeskanzler die Forderungen der Fiat- und Saurerarbeiter als berechtigt erklärt hatte, stellte sich sofort um, als der Bund der Industriellen die bestehenden Löhne als "sozial entsprechend" bezeichnet hatte.

So hat der Streik dazu wesentlich beigetragen dieses Regime, das von sozialen Phrasen nur so trieft, handgreiflich als Regierung schärfster kapitalistischer Ausbeuter und zugleich die EG als Werkzeug der Kapitalistenklasse zu entlarven. Diejenigen Arbeiter, die sich in dem Glauben wiegten, es sei möglich durch positive Mitarbeit in der EG Verbesserungen für die Arbeiterschaft im Rahmen des "autoritären" Regimes zu erzielen, werden nach diesen Erfahrungen ihre Illusionen liquidieren. Zugleich hat dieselbe Erfahrung der gesamten Arbeiterschaft bewiesen, dass sie sich den Weg zu höheren Löhnen, zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen nur öffnen kann durch Kampf und dass dieser Kampf unumgänglich notwendig macht die proletarisch-gewerkschaftliche Massenorganisation, die Freie Gewerkschaft.

Mit Recht wendet sich die Bundesleitung der (illegalen) Freien Gewerkschaften (FG) anlässlich der Erfahrungen dieses Streikes an die gesamte Arbeiterschaft mit folgenden Losungen:

"Die Fiat- und Saurerarbeiter haben den Weg gewiesen. Wir müssen uns die Freiheit erkämpfen. Die Arbeiter müssen verstehen, dass sie in solche Kämpfe, wie in der Autoindustrie eingreifen müssen. Sie dürfen nicht als uninteressierte Zuschauer an solchen Kämpfen teilnehmen. Wenn die Arbeiter in solche Kämpfe geschlossen eingreifen, dann gibt es keine Macht, die sie niederzwingen kann!... Für die Arbeiterschaft des Landes gilt es jetzt, nicht nur die alten Löhne und Kollektivverträge zu verteidigen, sondern der Kampf muss auf der ganzen Linie um eine generelle Erhöhung aller Löhne entbrennen!"

"Der Beginn des Kampfes heisst: Abrechnung mit den gelben Verrätern! Keinen Groschen Beitrag den Lumpen, die den Kampf der Autoarbeiter abgewürgt haben! Proklamiert den allgemeinen Beitragsstreik gegen die gelbe EG!"

"Wir können den Kampf nur organisiert führen. Die Organisierung ist die grosse Aufgabe unserer Freien Gewerkschaften! Je geschlossener sich die Arbeiter und Angestellten um die jetzt in der Illegalität gezwungenen Freien Gewerkschaften scharen, desto früher werdet ihr die Anerkennung der Freien Gewerkschaften erzwingen! Darum alle in die Freien Gewerkschaften! Fordert überall die bedingungslose und vollständige Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften!"

"Wir kämpfen: Für menschenwürdige Löhne! Für ein grösseres Stück Brot für uns, unsere Frauen und Kinder! Für die Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften, des Vereins- und Koalitionsrechtes! Für die freie Wahl von

Vertrauensmännern in den Betrieben! Für die Rückgabe des geraubten Vermögens der in den Februartagen verbotenen Gewerkschaften! Für die Wiedereinstellung aller gemässregelter Arbeiter in die Betriebe! Gegen die Zerstümmerung der Arbeitslosenversicherungen! Gegen die Massenaussteuerungen! Gegen die schwarzgrüne Diktatur! Für Freiheit, Arbeit und Brot!"

Die proletarischen Revolutionäre unterstützen mit aller Kraft den Kampf um alle diese Losungen der freigewerkschaftlichen Bundesleitung (BL), welche bekanntlich aus Sozialdemokraten (neue Firma: "revolutionären Sozialisten") und Stalinisten zusammengesetzt ist. Wir stimmen also diesen nächsten Zielen mit der sozialdemokratisch-stalinischen Gewerkschaftsleitung durchaus überein. Allein es ist von letztem Endes entscheidender Bedeutung, dass die gesamte Arbeiterschaft weiss, von welchem Klassenboden die sozialdemokratisch-stalinische BL ausgeht und welchem wirklichen Klassenziel sie zustrebt. Da die BL diesen ausschlaggebenden Grundfragen ausweicht, so ist es unsere Klassenpflicht, ihren Klassenboden, ihr wirkliches Klassenziel dem Proletariat aufzuzeigen. Aufzuzeigen auf Grund ihrer zwei letzten Dokumente: auf Grund ihres Flugblattes zum Streik der Fiat- und Saurerarbeiter und auf Grund ihres Flugblattes zur "Budgetreform" der schwarzgrünen Regierung.

I. Der Klassenboden der sozialdemokratisch-stalinistischen BL: die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft.

Die BL geht bei all ihrer Politik aus von den Interessen der "Wirtschaft", sie geht aus von den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft! Sie macht dem herrschenden Regime zum Vorwurf: "Lieber lassen sie die ganze (kapitalistische) Wirtschaft zugrundegehen, bevor sie die schwarzgrünen Formationen abbauen!... Sie gibt die positive Lösung: Kampf mit der FG für den wirtschaftlichen Aufstieg, das heisst für den Aufstieg der (kapitalistischen!) Wirtschaft!..."

II. Die wirtschaftliche Zielsetzung der BL. Wie sie sich den "wirtschaftlichen Aufstieg" vorstellt.

1. Rücksicht auf die "Konkurrenzfähigkeit".

So wie die frühere, so steht auch die jetzige BL auf dem Standpunkt: die (kapitalistischen) Betriebe müssten von der Arbeiterschaft konkurrenzfähig erhalten werden, sie müsse hierzu Opfer bringen. So erklärt das Flugblatt seelenruhig: "Die Arbeiter der Automobilfabriken Fiat und Saurer mussten seit 1931 der damals ungünstigen Lage ihrer Betriebe Rechnung tragen. Angesichts der schlechten Beschäftigung mussten sie weitgehenden Lohnkürzungen zustimmen... auf Kosten der Arbeiterschaft und ihrer Lebenshaltung wurde die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe gesteigert".

Mussten?! 1931 stand die SP, standen die von ihr geführten FG noch mächtig da. Damals "mussten" die Fiat- und Saurerarbeiter "Rechnung tragen, zustimmen", weil - nun weil die sozialdemokratisch geführten FG, weil die SP jeden wie immer gearteten ernstesten Kampf gegen die Bourgeoisie, auch jeden ernstesten Lohnkampf verhindert, sabotiert, abgewürgt hat unter Berufung darauf, "die Arbeiter müssten die Konkurrenzfähigkeit "ihrer" Betriebe erhalten, um derentwillen Opfer bringen". Um dieses, die Interessen der Arbeiterschaft preisgebende Verhalten zu bemänteln, redeten sich die sozialdemokratischen Führer der FG aus - auf die Krise. Wir werden weiter unten hören, wie es die BL heute mit der Krise als einem Hindernis des Streiks hält.

Alle proletarische Politik, auch alle proletarische Gewerkschaftspolitik muss aus schliesslich ausgehen von den proletarischen Klasseninteressen, nicht aber von der Konkurrenzfähigkeit der dem Klassenfeind gehörigen kapitalistischen Betriebe. Selbstverständlich muss die proletarisch-

gwerkschaftliche Taktik realistisch alle Umstände ins Auge fassen, auch die Lage der kapitalistischen Betriebe. Aber ihr Ausgangspunkt muss prinzipiell sein und bleiben nicht die Lage der (kapitalistischen) Betriebe, sondern die Lage der Arbeiterklasse. Die Forderungen der Arbeiter von vorneherein abhängig machen von der Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Betriebe, das heisst von vorneherein die Politik der Arbeiterklasse nicht lenken nach den proletarischen Klasseninteressen, sondern sie unterordnen den Profitbedürfnissen der Kapitalistenklasse.

2. "A l l e Klassen müssen opfern."

"Die Arbeiterschaft ist nicht mehr gewillt, a l l e i n die Opfer der Krise zu tragen", heisst es wörtlich im Flugblatt der BL. Was bedeutet das?! Nun, das beweist, dass die sozialdemokratisch-stalinistische BL genau auf demselben Standpunkt steht wie die sozialdemokratische BL (und die SP überhaupt) von 1918-1934, der da einen Ausdruck fand in der Losung "A l l e Klassen müssen opfern!", dieser "berühmten" Losung, wodurch die Arbeiterschaft in die Feberkatastrophe geführt wurde.

Alle proletarische Politik, alle proletarische Gewerkschaftspolitik muss vielmehr nach der Losung ausgerichtet sein: Keine Opfer der Arbeiterklasse, keine Opfer der Mittelklasse in Stadt und Dorf für die Bourgeoisie, für den kapitalistischen Staat! Alle Lasten auf die Schultern der Kapitalistenklasse! Sanierung der Arbeiterklasse, der kleinbäuerlichen, kleinbürgerlichen Klasse ausschliesslich auf Kosten der Kapitalistenklasse!

3. Die Kreditanstalt soll (neuerlich) "gesundet" werden...

Als "Weg aus dem Elend" gibt die BL die - (neuerliche) Gesundung der Kreditanstalt an. Einmal wurde die Kreditanstalt mit Hilfe der SP und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitung bereits "gesundet" - nämlich auf Kosten der Arbeitermassen und Mittelmassen in Stadt und Dorf. Das hat nicht wenig dazu beigetragen, dass die kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Massen dem National "sozialismus" in die Arme gestossen wurden, was dem Bonapartismus die Bahn ebnete und schliesslich zur Feberkatastrophe führte.

Die BL ist damit nicht zufrieden. Sie ist so ungeheuer "revolutionär"- "sozialistisch"- "kommunistisch", dass sie die Kreditanstalt unbedingt nochmals "gesundet" will. Versteht sich: nach ihrem Grundsatz "A l l e Klassen müssen opfern", wobei bekanntlich die kapitalistischen Taschen immer voller, die proletarischen, kleinbäuerlichen, kleinbürgerlichen Taschen immer leerer werden.

4. Der "Ueberbrückungskredit".

Insbesondere verlangt die BL zur Gesundung der Kreditanstalt einen Ueberbrückungskredit, doch will sie diesen auch zur Finanzierung einer grosszügigen Arbeitsbeschaffungspolitik. Von wo aber soll dieser Ueberbrückungskredit kommen? Darüber zieht die BL es bezeichnenderweise vor zu schweigen. Umso mehr Anlass für die Arbeiter diese Frage zu prüfen.

Die BL verlangt das Aufgeben des italienischen Kurses der österreichischen Aussenpolitik. Das liegt durchaus im proletarischen Interesse, darin stimmen wir mit der BL durchaus überein. Allein welcher andere aussenpolitische Kurs soll positiv an die Stelle des italienischen Kurses gesetzt werden? Darüber schweigt die BL.

In einer ganz anderen Stelle entschlüpfen ihr folgende Worte: "Dadurch, dass Oesterreich sich provozierend an die Seite des Friedensbrechers Italien stellte, ist England schwer verstimmt worden. England verweigert Oesterreich nicht nur jegliche Hilfe, sondern besteht darauf, dass Oesterreich 1936 mit der Verzinsung und Rückzahlung der Kreditanstaltsschulden beginne".

Die BL will also den Ueberbrückungskredit von - "England", und da die englische Arbeiterklasse viel zu viel ausgebeutet ist, um Kredite gewähren

4

zu können, so will die BL den Ueberbrückungskredit in Wahrheit von der englischen Kapitalistenklasse, vom englischen Imperialismus.

Allgemein ausgedrückt: die sozialdemokratisch-stalinistische BL - so wie überhaupt die SP (RS) und die Stalinpartei - verlangt das Ersetzen des italienischen Kurses durch eine auf den englischen Imperialismus (je nachdem: auf den französischen Imperialismus) ausgerichtete Aussenpolitik; sie will eine (italienisch)-imperialistisch durch eine (englisch)- (französisch)-imperialistisch ausgerichtete Aussenpolitik ersetzen. Mit einem Wort: sie wollen eine imperialistische, eine kapitalistische Aussenpolitik, diese Schwindler, die sich zum Irreführen der Arbeiter als "revolutionär"- "Sozialisten" oder gar "Kommunisten" ausgeben. Mit raffiniert verlogenen Phrasen gaukeln sie den Arbeitern "sozialistische", "kommunistische" Politik vor, während sie in Wirklichkeit nur eine andere kapitalistische Politik wollen.

Uebrigens tun wir der BL bis zu einem gewissen Grade Unrecht. Denn vor mehreren Monaten, anlässlich ihrer Stellungnahme zur Kriegsfrage, hat sie sich ganz offen an die österreichische Kapitalistenklasse wie folgt gewendet: Wir, die sozialdemokratisch-stalinistische BL sind bereit Eueren kapitalistischen Staat in (kapitalistischen) Krieg zu unterstützen, Euch dafür die Massen auszuliefern unter der Bedingung, dass Ihr Oesterreich einreicht in die (imperialistische) Front Frankreichs und uns (der BL) in Form der "primitivsten Rechte für die Arbeiterschaft" mindestens denselben Einfluss einräumt, den wir im imperialistischen Weltkrieg 1914-1918 hatten in dem wir Euerem kapitalistischen Staat so wacker halfen "die Arbeiterschaft zu beruhigen", sie den kapitalistischen Herrschafts- und Profitbedürfnissen zu unterordnen.

5. "In der Zeit der Krise sind Streiks unmöglich". Dieses sozialdemokratische Schwindelargument zerflattert.

So oft der SP, so oft der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung alle Argumente versagten, griffen sie zum letzten Argument: "In der Krise sind Streiks unmöglich". Mit dieser Losung haben sie die ganzen Jahre hindurch jeden ernstesten Streik der Arbeiter verhindert, sabotiert, abgewürgt. So haben sie die Offensivkraft, so haben sie die Abwehrkraft der Arbeiterklasse zersetzt, so ermöglichen sie die kapitalistische Rauboffensive, schliesslich die Heberkatastrophe.

Und nun auf einmal gibt die BL die Losung aus: "Für die Arbeiterschaft des Landes gilt es jetzt nicht nur die alten Löhne zu verteidigen, sondern der Kampf muss auf der ganzen Linie um eine generelle Erhöhung aller Löhne entbrennen!" Eine vollkommen richtige, ausgezeichnete Losung, die wir mit aller Kraft unterstützen. Wir begrüßen diese Losung umsomehr, als die BL sie gibt, obwohl sie selbst ausspricht, dass wir in der Zeit der kapitalistischen Krise leben.

Also hat die BL umgelernt? Prüfen wir. Vom proletarischen Klassenstandpunkt ist die Frage nicht zu umgehen: Wann hat die BL die Arbeiterschaft belogen: damals als sie erklärte, Streiks seien in ~~der~~ Zeiten der kapitalistischen Krise unmöglich - oder heute, da sie trotz der kapitalistischen Krise die Arbeiter zur Verteidigung der Löhne, zum Kampf um die generelle Lohnerhöhung ruft?! Jedenfalls hat sie damals die Arbeiter belogen - heute ruft sie richtig und - doch sagt sie auch heute den Arbeitern nicht die volle Wahrheit und doch belügt sie dem Wesen nach die Arbeiter auch heute.

"In der Zeit der Krise sind Streiks unmöglich", das war nur eine Ausrede. Der wirkliche Grund, warum die BL damals gegen Streiks war, war ein ganz anderer. Damals hatte die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, also auch die BL, in den verschiedenartigsten Formen "Anteil an der (kapitalistischen) Macht"; damals hatte sie einen, wenn auch kleinbürgerlich

5

bescheiden, so doch respektablen Anteil am kapitalistischen Fleischtopf; damals nannte sie daher den (kapitalistischen) Staat "unseren Staat", den "Volksstaat", die "Volksrepublik". Den Arbeitern brutal^{dem} offen zu sagen: Streiks gegen einen solchen kapitalistischen Staat, an^{dem} wir verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokraten und Arbeiteraristokraten Anteil haben, lassen wir nicht zu! - Das hatte den Arbeitermassen bald die Augen geöffnet, da wäre es um die für die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie so ergiebige sozialdemokratische Herrlichkeit sehr schnell vorbeigewesen - also verdeckten sie ihr verräterisches Verhalten mit dem Krisenargument: "In der Krise sind Streiks unmöglich"...

Heute jedoch schaltet sie die Bourgeoisie, schaltet sie der kapitalistische Staat von jedem "Anteil an der (kapitalistischen) Macht", jedem Anteil am kapitalistischen Fleischtopf aus; darum und nur darum haben sie jetzt den vom proletarischen Klassenstandpunkt richtigen Weg betreten, die Arbeitermassen gegen ihre kapitalistischen Peiniger zu mobilisieren in der Krise und trotz der Krise.

Also hat sich die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie geändert? Keineswegs! Sie ist dem Wesen nach dieselbe, die sie vor dem Februar gewesen ist (nur ist inzwischen die Stalinbürokratie sozialdemokratisch, gut rechtssozialdemokratisch geworden). Sie will durch ausnützen der Massenkraft Macht und Pfründen wiedererlangen (oder wie die russische Stalinbürokratie weiterbehaupten). Sobald die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie sich auf dem Rücken der Arbeiter wieder zum "Anteil an der (kapitalistischen) Macht, am kapitalistischen Fleischtopf emporgerungen hat, wird sie in der Frage der Streiks wieder den alten Standpunkt beziehen und ihn durch irgendwelche neue Ausreden maskieren.

Doch halt: geht denn die sozialdemokratische-stalinistische BL tatsächlich auf den "Anteil an der (kapitalistischen) Macht" aus? Was ist ihre w i r k l i c h e politische Zielsetzung? Darüber schweigt sie sich möglichst aus oder drückt sich um diese entscheidend wichtige Frage mit allgemeinen Phrasen herum. Umso wichtiger, dass die Arbeiterschaft hier mit besonderer Genauigkeit prüft und sieht.

III. Die politische Zielsetzung der BL.

1. Die BL ist "gegen die faschistische Diktatur". Richtiger ausgedrückt, sie ist gegen jede Form der offenen kapitalistischen Diktatur. Darin sind wir mit der BL durchaus einig. Der Kampf für diese negative Losung liegt durchaus im proletarischen Klasseninteresse.

2. Allein was will die BL positiv an die Stelle der offenen kapitalistischen Diktatur setzen? Darüber ist die BL auffallend schweigsam. Sie hilft sich mit folgenden allgemeinen Redewendungen: sie will "ein freies Oesterreich", sie will "Freiheit, Arbeit und Brot". Das sind schöne Worte, die man täglich auch von den Schwarzgrünen und von den Braunen hören kann.

3. An anderer Stelle erklärt die BL, dass das "Volk" nicht die geringsten Rechte hat. Offenbar sind also ihr politisches Ziel die Rechte des "Volkes". Das könnte sie doch offen sagen. Gewiss, aber dann müsste sie auch sagen, was sie den eigentlich unter "Volk" versteht. Versteht sie darunter auch die Grossbauern, die Mittel- und Kleinkapitalisten in den Städten und Dörfern?! Nun, wohin d i e s e Rechte des "Volkes" geführt haben, die Jahre 1918-1934 haben das zur Genüge bewiesen.

4. Die Arbeiter müssen folgende Stelle aus dem Flugblatt der BL besonders gründlich durchdenken: "Beginnen die Schwärmer für den autoritären Kurs nun einzusehen, dass es für das g a n z e Volk verhängnisvoll ist, von einer Diktaturregierung beherrscht zu werden, die niemanden fragt, niemandem verantwortlich ist, die nur ernannte Ja - Sager um sich hat und sich

um die Stimmung und die Wünsche des Volkes nicht kümmert, weil dieses Volk nicht die geringsten Rechte hat?"

Zunächst einmal sehen wir das alte sozialdemokratische Zurechensystem hier wieder aufleben. Die BL redet gewissen "Schwärmern" in der schwarzgrünen Front zu, sie mögen einschauen, dass die offene kapitalistische Diktatur für das "ganze Volk" verhängnisvoll sei (was nur die neue Formel ist für die alte dumme Phrase der SP, die offene kapitalistische Diktatur sei verhängnisvoll - für die Kapitalistenklasse...).

Wer sind jedoch diese "Schwärmer für den autoritären Kurs" um die sich die BL so sehr bemüht? Nun, diese "Schwärmer" lassen sich an den Fingern abzählen. Es sind dies folgende kapitalistische Schichten:

a) die sogenannten "vernünftigen Kapitalisten", die "anständigen Menschen in der Bourgeoisie"...

b) die seligen Jodok & Co., das sind heute die Reither & Co., mit einem Wort die Grossbauern, diese verbissensten kapitalistischen Elemente in den Dörfern....

c) überhaupt die mittel- und kleinkapitalistischen Elemente in Stadt und Dorf, so ungefähr nach der Art der verflossenen Klimberger & Co....

Jetzt wird das wirkliche politische Ziel der sozialdemokratisch-stalinistischen BL schon etwas besser erkennbar; die Zusammenarbeit mit diesen k a p i t a l i s t i s c h e n Schichten, mit einem Wort die kapitalistische Demokratie ist das wirkliche politische Ziel der BL.

Damit die Arbeiter den Braten nicht riechen, suchen SP (RS) und Stalinpartei die BL zu decken durch die Bauersche Schwindelformel: ihr politisches Ziel sei die proletarische Diktatur, solange aber diese infolge der Machtverhältnisse nicht möglich sei, seien sie für die Wiederherstellung der (kapitalistischen) Demokratie... Die bürgerliche Demokratie führt nicht zur Diktatur des Proletariats, sondern letzten Endes zur Diktatur der Monopolbourgeoisie, das ist zur faschistischen Diktatur. Das ist eine der Hauptlehren der Jahre 1918-1934. Der Weg zu proletarischer Diktatur führt nur über den Kampf gegen die kapitalistische Demokratie, über deren Liquidierung durch den revolutionären Kampf der Massen unter Führung der proletarischen Klassenpartei. Das ist die Hauptlehre des Jahres 1917.

Infolge der fortschreitenden Krise des Kapitalismus wird - trotz vorübergehend wiederkehrender, zeitweiliger, relativer Wirtschaftsbelebung - die Gesamtposition der Bourgeoisie immer schwieriger. Sie braucht zwei Reserven, die faschistische sowohl wie die sozialdemokratische (stalinistische). Nicht gleichzeitig, sondern nacheinander. Sie kann nicht dauernd faschistisch regieren: die kapitalistischen Massenreserven werden durch den Faschismus unvermeidlich nach einer gewissen Zeit abgestossen; selbst gewisse Schichten der Kapitalistenklasse werden durch den gigantischen Raubfeldzug der Monopolbourgeoisie schliesslich immer mehr betroffen und kopfscheu. Dieser reale Widerstreit der Interessen der verschiedenen kapitalistischen Schichten (die sich dabei auf verschiedene Teile der kapitalistischen Massenreserven stützen), führt schliesslich durch Kampf wieder zur demokratisch verhüllten Form der kapitalistischen Diktatur, zur kapitalistischen Demokratie. Dieser reale Widerstreit der kapitalistischen Schichten und - die Illusionen der Arbeitermassen - geben dem sozialdemokratisch-stalinischen Lakaien die Gelegenheit, sich nach und trotz seines Feberbankrotts wieder den Arbeitermassen auf den Rücken zu schwingen.

Zur Diktatur des Proletariats führt das keineswegs! Im Gegenteil: es führt schliesslich zu einer zweiten, noch grösseren, noch schrecklicheren Katastrophe. Die wiederhergestellte bürgerliche Demokratie gibt den Arbeitern etwas Bewegungsfreiheit. Gerade dadurch fühlen ~~die~~ die Kapitalisten bald wieder in der Freiheit der Ausbeutung beengt. Die fortschreitende Krise des Kapitalismus macht sie dagegen noch empfindlicher als früher. So führen die Profitinteressen a l l e kapitalistischen Schichten neuerlich

noch enger zusammen und noch straffer unter die monopolkapitalistische Führung. Die sozialdemokratisch-stalinsche Politik vermöge ihrer kleinbürgerlichen Grundeinstellung absolut ausserstande, den proletarischen-kleinbäuerlichen-kleinbürgerlichen Massen zu helfen, zersetzt neuerlich die proletarische Kampfkraft, enttäuscht und stösst neuerlich ab die Mittelmassen, führt neuerlich zu einer noch barbarischeren (faschistischen) Diktatur. Dieser Prozess wiederholt sich solange, bis die Arbeitermassen durch die Erfahrungen belehrt endgiltig zur proletarisch-revolutionären Politik übergehen, wozu sie nur imstande sind durch die Hilfe der vorgeschrittensten Arbeiter, die sich zur proletarischen Klassenpartei zusammenschliessen und durch ihre Arbeit das Vertrauen und damit die Führung der Arbeitermassen gewinnen.

Mit einem Wort: die BL treibt so wie die SP (RS) und die Stalinpartei keine proletarische sondern nur eine kleinbürgerliche Politik: sie will nur die kapitalistische Rechtspolitik ersetzen durch kapitalistische Linkspolitik. Anders ausgedrückt: sie treiben nur linksbürgerliche, linkskapitalistische Politik!

Nicht dem Wesen, sondern nur dem Grade nach unterscheidet sich die Linie der BL von der Linie der gelben "Einheitsgewerkschaft". Beide stehen auf dem Boden des Kapitalismus, beide dienen der Bourgeoisie. Aber die gelbe EG dient der Rechtsbourgeoisie, letzten Endes der Monopolbourgeoisie - die sozialdemokratisch-stalinsche BL (die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie) dient der Linksbourgeoisie, dient dem kleinbürgerlichen liberalen Ideal eines Kapitalismus, der "alle leben lässt". Es ist das Unglück des freisinnigen Teiles des Kleinbürgertums (der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie inbegriffen), dass der Kapitalismus nicht alle leben lässt, nicht alle leben lassen kann, sondern unvermeidlich immer grössere Massen unter die Räder bringt. Je mehr die Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie verkleinbürgerlicht, desto "realistischer" wird sie: sie ist schliesslich zufrieden, wenn ihr "Sozialismus" wenigstens ihr selbst etwas einträgt, wenn der Kampf des Proletariats wenigstens ihr selbst auf dem Rücken der Arbeiter emporhilft. Dazu jedoch ist die Arbeiterbewegung nicht da, dazu sind auch die proletarischen Gewerkschaften nicht da. Diese müssen den proletarischen Klasseninteressen dienen. Die sozialdemokratisch-stalinsche Bürokratie und Arbeiteraristokratie gibt unter "revolutionären"- "sozialistischen"- "kommunistischen" Phrasen vor, die Interessen der Arbeiter zu verfechten; in Wirklichkeit läuft ihre gesamte Politik darauf hinaus, ihre eigensüchtigen Macht- und Pfündeninteressen durch Ausnützen der Kampfkraft der Arbeitermassen zu befriedigen.

IV. Die taktischen Schlussfolgerungen für die proletarischen Revolutionäre.

Angesichts der gegebenen Lage ergibt sich daraus für das Verhalten der proletarischen Revolutionäre folgende Richtschnur:

Die proletarischen Revolutionäre unterstützen mit aller Kraft den Kampf der sozialdemokratisch-stalinistischen BL der (illegalen) Freien Gewerkschaften um deren nächste Ziele und auch deren Kampf um die Wiederherstellung der kapitalistischen Demokratie; aber zugleich öffnen sie mit unerbittlicher revolutionärer Kritik den Arbeitern die Augen über die kleinbürgerliche Klasseneinstellung, über die verräterische Grundlinie der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, die den Kopf der SP (RS), der Stalinpartei bildet und tatsächlich auch die Führung der FG, die BL in Händen hat. Ihre taktische Unterstützung des Kampfes der FG verbinden die proletarischen Revolutionäre mit der revolutionären Kritik, mit dem prinzipiellen Kampf gegen die kleinbürgerlichen Grundpositionen der BL, mit der beharrlichen revolutionären Propaganda für die unverfälschte, konsequente proletarische Klassenlinie, für die Diktatur des Proletariats.

Je deutlicher wir den Arbeitern schon heute die volle Wahrheit klar machen, desto rascher werden sie an der Hand der unausbleiblichen schweren Erfahrungen die volle Wahrheit erkennen und daraus die vollen Konsequenzen ziehen.

Der Kampf für die Aufrichtung der Diktatur der Arbeiterklasse, der Kampf für die Befreiung der gesamten werktätigen Massen von der kapitalistischen Knechtschaft und Ausbeutung macht - bei aller taktischen Gemeinsamkeit in den Tagesfragen - unumgänglich den gleichzeitigen prinzipiellen Kampf gegen die SP (RS)/SI, gegen die Stalinpartei/Stalininternationale, gegen deren kommende Einheitspartei/Einheitsinternationale macht unumgänglich notwendig den beharrlichen Kampf, um die Arbeiterschaft immer mehr von der Notwendigkeit der Herausbildung der proletarischen Klassenpartei, der proletarischen Klasseninternationale, der Vierten Internationale zu überzeugen.

Wir unterstützen die BL für die nächsten Ziele, aber Hand in Hand damit kämpfen wir - mittels revolutionärer Kritik und revolutionärer Propaganda - für die Umstellung der Politik der FG auf die proletarisch-revolutionäre Linie: die FG, heute das Instrument einer kleinbürgerlich eingestellten Politik muss durch unseren Kampf zu einem Instrument bewusst proletarischer Klassenpolitik umgeschmiedet werden. Dieser Kampf muss organisiert geführt werden. Organisieren kann ihn nur die Organisation der proletarischen Revolutionäre, das ist die proletarische Klassenpartei. Diese gilt es herauszubilden, damit die FG das werde, was die Arbeiterklasse braucht: eine proletarische Klassenorganisation, die den Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, im Kleinsten wie im Grössten, immer und ausnahmslos ausrichtet auf die Diktatur des Proletariats, auf die Weltrevolution, auf die Weltdiktatur der Weltarbeiterklasse zum Verwirklichen des Kommunismus auf der ganzen Erde.

* * *

"Revolutionärsozialistischer" Dreh.

Mit besonderer Vorliebe sucht die RS ihre opportunistische Grundeinstellung zu "rechtfertigen" - durch Berufung auf Marx-Engels-Lenin. Da ihre Politik mit proletarisch-revolutionären Prinzipien überhaupt nichts zu tun hat, sondern ihnen in allen Fragen grundsätzlich widerspricht, so suchen sie zu "beweisen" - auch das Kommunistische Manifest hätte mit Prinzipien nichts zu tun. Siehe den Artikel über die Leninisten im Jänner-"Kampf".

Darin wird aus dem Kommunistischen Manifest zitiert: "Die Kommunisten stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die Welt modeln wollen". Dieser Satz richtet sich gegen den vom Marxismus überwundenen utopischen Sozialismus, der - bei allen seinen Verdiensten - seine Grundlage hatte in abstrakten Ideen, Prinzipien, erfunden oder entdeckt von diesem oder jenem Weltverbesserer, wie zum Beispiel in der Idee der "Gerechtigkeit", der "Liebe" und dergleichen, welchen jede Klasse nach ihren Klasseninteressen einen anderen Inhalt gibt.

Mit vollem Bewusstsein jedoch stellt das Kommunistische Manifest die gesamte proletarische Klassenpolitik auf den festen Boden der proletarisch-revolutionären Prinzipien, die "nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen" Bewegung sind. Mit anderen Worten: die die allgemeinsten Formulierungen sind der der gesamten Arbeiterschaft der ganzen Welt gemeinsamen grundlegenden Interessen, der proletarischen Klasseninteressen.

Das Kommunistische Manifest verkündet mit voller Klarheit die zwei proletarisch-revolutionären Kardinalprinzipien:

"Die Kommunisten vertreten in den verschiedenen Stufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse

der Gesamtbewegung"... "Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiter, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung". Damit ist das marxistische Fundamentalprinzip ausgedrückt: Gegen jeden Opportunismus - für konsequente proletarische Klassenpolitik, was in sich begreift das marxistische Klassenkampfprinzip.

"Die Kommunisten heben in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervor und bringen sie zur Geltung". Damit ist ausgedrückt das marxistische Kardinalprinzip des revolutionären Internationalismus.

In diesen zwei marxistischen Kardinalprinzipien sind alle anderen Prinzipien der proletarisch-revolutionären Politik mitenthalten.

Die "RS" können sich auf das Kommunistische Manifest nur berufen, indem sie es verdrehen. Alle proletarische Klassenpolitik muss immer und ausnahmslos konsequent ausgerichtet sein nach den proletarisch-revolutionären Prinzipien oder - sie ist wie die "revolutionär-sozialistische"/stalinistische Politik, nicht proletarisch-revolutionär.

Wir brachten in der letzten M ein Zitat aus Lenins Leitsätzen über die Grundaufgaben des II. Kongresses der Komintern 1920. Verschentlich unterblieb jedoch die Veröffentlichung des Kommentars zu diesem Zitat. Wir holen sie hier nach:

Beachten wir, dass Lenin für den Anschluss an die Labour Party die Tatsache der "Freiheit der Kritik und Freiheit der Propaganda-, Agitations- und Organisationstätigkeit für die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht" innerhalb der Labour Party (von 1920) nicht genügt. Ausdrücklich hebt er den wesentlichen Charakterzug der damaligen Labour Party hervor, ausdrücklich stellt er als massgeblich für den Anschluss fest:

"...solange diese Partei den Charakter einer Vereinigung aller Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterklasse bewahrt."

Damit charakterisiert Lenin klar die Labour Party von 1920 als eine Vereinigung von Massenorganisationen, als Dachorganisation, als Organisation von Einheitsfrontcharakter! Keinen Augenblick verliert Lenin so das Prinzip (sozusagen: "die historische Formel") der unbedingten politischen und organisatorischen Selbständigkeit der proletarischen Klassenpartei aus dem Auge! Er legt den englischen kommunistischen Gruppen und Organisationen von 1920 dar, dass es sich nicht um den Eintritt in eine klassenfremde wirkliche Partei, sondern um den Anschluss - bei unumgänglicher Wahrung der Freiheit der Kritik usw. - an eine Dachorganisation, eine Einheitsfrontorganisation handelt, die alle Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterklasse umfasst. Diesen Charakter hat die Labour Party bekanntlich erst Jahre später abgestreift und sich als wirkliche (kleinbürgerliche) Partei konstituiert (mit individueller Mitgliedschaft usw.).

* * *